

Abg. Fhr. v. Erffer-Warburg (cons.) erklärt seine Zustimmung unter der Voraussetzung, dass die Entschädigungspflicht eine facultative bleibe. Es wäre eine Ungerechtigkeit, für eine locale Seuche eine ganze Provinz zahlen zu lassen.

Abg. Knebel (natl.): Erfahrungsgemäss kommt der Milzbrand häufiger in den Ebenen, als in den Gebirgen vor; es wäre deshalb wünschenswerth, wenn die weniger heimgesuchten Bezirke von den stärker heimgesuchten ausgenommen würden.

Reg.-Commissar Sterneberg erwidert, dass die Milzbrandfälle doch zu selten vorkommen, um eine solche Sonderung der Bezirke vorzunehmen.

Die Abgg. Dr. Ostrup (Centr.), Dr. Gerlich (fr.) und Sombart (natl.) erklären sich für die Vorlage, der man um so eher zustimmen könne, als ja den Provinzen die detaillierte Regelung des Entschädigungsverfahrens überlassen bleibt.

Abg. v. Schalscha hat in Bezug auf die in der Vorlage festgesetzten Entschädigungsnormen Bedenken.

Ein Antrag des Abg. Knebel, die zweite Lesung von der Tages-Ordnung abzusetzen, wird abgelehnt und die Vorlage in erster und zweiter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage betr. die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern gegen Entschädigung.

Abg. Fhr. v. Heeremann (Cent.) beantragt Commissionsberathung der Vorlage, um zu prüfen, ob man die wohlverwobenen Rechte der Beteiligten respectirt hat, es sei dies um so nöthiger, als verlautet, dass die Regierung sehr schroff gegen die Beteiligten vorgegangen sei und gedroht habe, dass dieselben Nichts bekommen würden, wenn sie nicht acceptiren, was die Vorlage ihnen anbietet.

Abg. Rickert (fr.) bestreitet, dass hier von wohlverwobenen Rechten die Rede sein könne; er habe erwartet, dass die Herren freiwillig auf ihre Vorrechte verzichten würden, wie das der Adel in anderen Staaten gethan habe. Mit der Commissionsberathung ist Redner einverstanden.

Reg.-Commissar Generalsteuerdirector Burchard bekämpft die Rechtsanschauung des Abg. Rickert. Die Unterhandlungen mit den Beteiligten sind in vollster Loyalität geführt. Es handle sich hier nicht um die Frage der Expropriation, sondern um eine Entschädigung der Berechtigten. Die Regierung hält dies in der Vorlage Gebotene für eine billige Entschädigung.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) stimmt für die Commissionsberathung. Die Zumuthung des Abg. Rickert an die Entscheidungsberechtigten gehe doch zu weit; man könne die Standesherrn doch nicht behandeln wie die im Jahre 1866 depossedirten Fürsten. Zu prüfen werden die Fragen sein: Wer ist der Berechtigte und wie hoch ist die Entschädigung angemessen? Redner hält nach beiden Richtungen hin die Vorschläge der Vorlage für angemessen und beantragt die Vorberathung durch die Budgetcommission.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (fr.) stimmt dem Vorredner bei.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) hätte zwar gewünscht, dass die Standesherrn freiwillig auf eine Entschädigung verzichtet hätten. Die Entschädigung selbst erscheine ihm zu hoch, doch anerkenne er, dass es sich um wohlverwobene Rechte handle.

Die Vorlage geht an die Budget-Commission zur Vorberathung. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr. Kleinere Vorlagen. Schluss 1 1/2 Uhr.

Hofnachrichten. Die Majestäten unternahmen am gestrigen Nachmittag nach Aufhebung der Frühstückstafel eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten. Von derselben zurückgekehrt, verblieb der Kaiser alsdann in seinem Arbeitszimmer. Um 7 1/2 Uhr Abends hatten die Majestäten den Erbgrössherzog und die Erbgrössherzogin von Baden, sowie den kürzlich hier eingetroffenen diesseitigen Gesandten in Bukarest v. Bülow und Herrn Professor Loersch aus Bonn pp. mit Einladungen zur Kaiserlichen Tafel beehrt. — Am heutigen Vormittage hatten der Kaiser und die Kaiserin wiederum eine gemeinsame Spazierfahrt durch den Thiergarten und dort auch einen gemeinschaftlichen Spaziergang in den Anlagen desselben unternommen. Auf dem Rückwege zur Stadt fuhr der Kaiser alsdann beim Staatssecretär des Auswärtigen Amtes Friirn. von Marschall vor, um in der Wohnung desselben dessen Vortrag entgegen zu nehmen. Von dort nach dem Königlichen Schlosse zurückgekehrt, arbeitete der Kaiser zunächst mit dem Chef des Civil-Cabinetts Wirkl. Geheimen Rath Dr. v. Lucanus, sowie später mit dem Staatssecretär des Reichs-Marine-Amtes, Vice-Admiral Hollmann und dem Chef des Marine-Cabinetts, Captain zur See Fhrn. v. Senden-Bibran.

— In einer Beurtheilung über den Abschluss der Ministerkrisis sagen die „Hamb. Nachrichten“: „Wir sehen a priori keinen Grund, warum, wenn das Preussische Ministerium in sich einig und geschlossen bleibt, die jetzt ins Werk gesetzte Trennung des Reichskanzleramtes von der Preussischen Ministerpräsidentschaft geschäftlich unhaltbar sein sollte. Nur eine neue Erfahrung kann hierüber belehren: die aus dem Roonschen Beispiel entnommene deckt die Frage nicht. Man kann von der neuen Einrichtung sagen, dass sie das Princip des Cartels zwischen Conservativen und Nationalliberalen auf die Regierungorgane überträgt. Das altconservative Element findet durch den Reichskanzler, der moderirte Conservatismus durch den Ministerpräsidenten, der Nationalliberalismus durch den Finanzminister und vielleicht anderweit Vertretung. Ausserdem schwebt über diesem ministeriellen Cartel die monarchische Gewalt unmittelbar und wirksam als zusammenhaltender Factor, während das Zusammengehen der disparaten ministeriellen Bestandtheile im Jahre 1873 nicht durch directe Einwirkung des Kaisers und Königs, sondern nur durch die vermittelnde des damaligen Reichskanzlers geübt werden konnte. Wir glauben auch nicht, dass Fürst Bismarck in seiner mehrfach angezogenen 1877er Rede die jetzt getroffene Einrichtung principiell und für alle Zukunft für ungangbar hat erklären wollen, sondern nur unter dem Eindruck gesprochen hat, dass es angebrachtermassen 1873 unmöglich gewesen war, die Regierungsmaschine unter diesen Umständen in Gang zu halten. Die Wahl der Minister und die Gestaltung der Ministerien ist übrigens heute zu Tage nicht mehr so wichtig, wie unter Kaiser Wilhelm I., weil der jetzige Monarch der Aufgabe, die er sich gestellt hat, sein eigener Kanzler zu sein, gerecht wird und es somit nicht darauf ankommen kann, dass und wie eine Anzahl leitender Männer sich in die Gewalten theilt. Auf der Thatsache, dass der Kaiser und König die Politik selbst leitet, beruht auch die Hoffnung, dass er seinerseits ein politisches Auseinandergehen des Reichskanzlers und des Preussischen Ministerpräsidenten nicht dulden und verhindern wird, dass der Staatswagen aus dem Geleise kommt.“

— Ueber das **Schickal des Schulgesetzes**, schreibt die „N. A. Z.“ kann nach Lage der Sache eine formale Entscheidung kaum bereits getroffen sein, jedoch wird angenommen, dasselbe werde nicht förmlich zurückgezogen werden, sondern zu den unriedig bleibenden Resten der Session gehören.

— Die **Reichstagscommission** zur Vorberathung des Gesetzesworts über die Bestrafung des **Slavenhandels** trat heute nach zweimonatlicher Pause wieder zusammen. In der letzten Sitzung war die Regierung ersucht worden, die bezügliche Gesetzgebung anderer Staaten der Commission zu unterbreiten. Nach dem dies geschehen, wurde heute der von der Regierung vorgelagerte Entwurf unverändert angenommen, jedoch folgender § 6 angefügt: „Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft und gilt bis 1. October 1895.“ Zugleich wurde folgende Resolution angenommen: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, innerhalb der im § 6 bestimmten Frist Vorsorge zu treffen, dass in den Deutschen Schutzgebieten die gesammte, die Slaverrei betreffende Materie gesetzlich geregelt werde.“

— Dem **Abgeordnetenhaus** ist heute die angekündigte **Secundärbahnvorlage** zugegangen.

— In parlamentarischen Kreisen trat heute mit grosser Bestimmtheit die Nachricht auf, dass noch weitere Veränderungen innerhalb des Preussischen Staatsministeriums bevorstehen. Wie gemeldet wird, tritt Herr v. Bötticher von seinen Aemtern als Vicepräsident des Staatsministeriums und Staatssecretär des Reichsamts des Innern zurück, um das Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau zu übernehmen. — Für die Stellung des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums soll Finanz-Minister Dr. Miquel designirt sein, welcher gestern vom Kaiser empfangen wurde.

— Der Präsident des Staatsministeriums, **Graf Botho Eulenburg**, erschien heute in seinem neuen Amte zum ersten Male im Abgeordnetenhaus. Dass Graf Eulenburg vor der Tagesordnung das Wort nehmen würde, war vorherbekannt geworden und in Folge dessen die Tribünen dicht gefüllt. Der Herr Ministerpräsident war bereits vor Beginn der Sitzung an seinem Platz, auf demselben Sessel, den vordem Fürst Bismarck und später Graf Caprivi eingenommen. Graf Eulenburg wurde von zahlreichen Abgeordneten aller Parteien freundlich begrüsst, es gab ein fortwährendes Händeschütteln. Der Herr Graf ist als Oberpräsident nur wenig gealtert, seine Stimme klingt noch ebenso hell und klar wie im Jahre 1881, und auch in seinen Bewegungen zeigt er noch die frühere Elasticität und Frische.

— Gestern Vormittag starb unerwartet infolge eines Schlaganfalls Herr **Emil Freystadt**, Redacteur und Mitbesitzer des „Berliner Actionair“, im Alter von nur 52 Jahren. Der Verstorbene hat mehrere Jahre lang der Redaction unserer Zeitung angehört und sich dabei durch Sachkenntniss, eine aussergewöhnliche Arbeitskraft und Arbeitslust, durch stets liebenswürdige Kameradschaftlichkeit und vornehme Gesinnung ausgezeichnet. Eigenschaften, durch die er sich nicht nur in seinem besonderen Wirkungskreis, sondern weit über diesen hinaus und überall, wo er weilte, aufrichtige Freunde erworben hat. Herr Freystadt gehörte, bevor er in die Redaction unserer Zeitung eintrat, dem „Frankfurter Actionair“ an, war einige Jahre in der Redaction des „Berliner Börsen-Courier“ thätig und begründete dann mit Herrn J. Neumann zusammen die Wochenschrift „Berliner Actionair“, die unter der ausgezeichneten Leitung ihrer beiden Besitzer sich schnell in allen handels- und Börsenkreisen Ruf und Bedeutung erwarb. Gleiches lässt sich von dem „Jahrbuch der Berliner Börsen“ sagen, das von dem Verstorbenen in Gemeinschaft mit Herrn J. Neumann herausgegeben wurde und jetzt im dreizehnten Jahrgang vorliegt. Dem „Verein Berliner Presser“ gehörte der Verstorbene seit einer Reihe von Jahren an, auch hier von Allen geliebt und geschätzt als ein thätiger Arbeiter, ein zuverlässiger Freund mit stets hilfsbereiter Hand, ein froher Gesellschafter — das Vertrauen seiner Collegen übertrug ihm in diesem Verein das Amt des ersten Schriftführers. Der Verstorbene ist in den letzten Monaten von einem Augenleiden heimgesucht gewesen, das sich schliesslich überaus bedrohlich gestaltete und sein Gemüth schwer betäubte — er wird von Allen, die ihn kannten, schmerzlich vermisst und aufrichtig betrauert, von Keinem vergessen werden.

— Am 4. April begeht einer der ältesten Börsenbesucher, Herr **H. Joseph**, Mitglied der Corporation der Kaufmannschaft, sein 50jähriges **Bürger-Jubiläum**.

— Die **Prolongationsätze** stellen sich heute wie folgt: Oesterr. Credit-Actien 0.275 Dep., Franzosen 0.1875—0.175 Dep., Lombarden 0.275—0.25 Dep., Disconto-Commandit 0.35 Dep., Deutsche Bank 0.20 Dep., Dresdener Bank 0.20 Dep., Handels-Gesellschafts-Anth. 0.15 Dep., Darmstädter 0.30 Dep., Mainzer 0.20 Dep., Marienburger 0.2625 Dep., Ostpreussener 0.275 Dep., Gallizier 0.175—0.20 Dep., Gotthardbahn 0.15 Dep., Bochumer 0.375—0.35 Dep., mander Union 0.30 Dep., Laurahütte 0.1875 Dep., 4 % Egyptian 0.225 Dep., 5 % Italiener 0.325 Dep., 4 % Ungarn 0.225 Dep., 4 % Russ. Consols 0.50 Dep., 60er Russ. Anleihe 0.375 Dep., Orient-Anleihe III 0.275 Dep., Russische Noten 0.225—0.25 Rep. — Alles mit Courtagen. — Geld war mit 1/2 % zu haben und zu lassen, ohne dass sich bemerkenswerther Verkehr entwickelte. Der Privatdiscout stellte sich heute auf 1 1/8 %.

— Während die **Börse** in ihrem ersten Theil eine feste Tendenz bekundete, fiel sie in der zweiten Hälfte einer recht matten Haltung zum Opfer, unter deren Eindruck alle Course fast die anfänglichen Besserungen wieder einbüsst. Den Anlass gaben niedrigere Londoner Notirungen, die man als eine Folge des Rückganges des Silberpreises ansah. In New-York ist in den letzten Tagen der Silberpreis beträchtlich gesunken, dies konnte auf die Londoner Börse, die Silberhäuser der City, schliesslich auch auf die Course der Indischen Anleihen nicht ohne Einfluss bleiben, hat vielmehr an der Londoner Börse starke Verstimmung erzeugt. Auch für den Continent sind diese Verhältnisse nicht ohne Folgen und man vermisst heute namentlich auf Oesterreich, das unter einer Silber-Baisse immer zu leiden hat. Auch Paris sandte unzulängliche Nachrichten, die Dynamit-Attentate beunruhigen naturgemäss die Bevölkerung und nicht am wenigsten die Börse selbst in hohem Grade, um so mehr, als die Regierung diesem Treiben immer noch rath- und hilflos gegenübersteht. Endlich lagen auch in Bezug auf Russland beunruhigende Nachrichten vor; man sprach von neuen Rüstungen und zeigte sich besonders über einen Artikel der „Krz.-Ztg.“ verstimmt, welcher die fortdauernden starken Rüstungen bespricht und auf ihre Bedeutung hinweist. Russische Fonds mussten im Zusammenhang damit viel nachgeben und dies wirkte auch auf andere Gebiete zurück. Die Deckungskäufe für die Ultimoregulierung sind beendet und so fehlte heute ein Widerstand, der sonst häufig recht wirksam ist. Der Schluss der Börse war matt.

— Auf die neue **Anleihe der Stadt Mannheim** hat die Königliche Seehandlung mit ihrer Gruppe das höchste Gebot, 101 % abgegeben.